

Vom Provisorium zur dauerhaften Institution

75 Jahre Zentralrat der Juden in Deutschland

geschrieben von Josef Schuster & Hans Jessen

Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, im Gespräch mit Hans Jessen.

Hans Jessen: Herr Schuster, als der Zentralrat sich 1950 konstituierte, lebten in der Bundesrepublik 15.000 Juden. 1933, im Jahr der faschistischen Machtübernahme, waren es eine halbe Million gewesen. Wer waren diese 15.000, als deren Interessenvertretung sich der Zentralrat begriff?

Josef Schuster: Die damals in Deutschland lebenden Juden stammten zum Großteil aus osteuropäischen Ländern, insbesondere aus Polen. Es waren Menschen, die nach der Befreiung der Konzentrationslager als sogenannte »displaced persons« in entsprechenden »camps« unterkamen, von denen es in Deutschland eine ganze Reihe gab. Ein Teil von ihnen ist dann sehr schnell ausgewandert in die USA oder nach Israel. Es blieb nur eine relativ geringe Zahl in Deutschland – darunter auch solche, die ursprünglich aus Deutschland stammten und in ihre Heimat zurückkehrten. Das waren diese 15.000.

Welche Rolle und welche Aufgaben hatte der Zentralrat in der Gründungsphase?

Der Zentralrat sah es als seine Aufgabe an, die Interessen der seinerzeit in Deutschland lebenden Juden zu vertreten – als Dachverband, nicht im Sinne individueller Interessen. Es ging auch um die Frage der Etablierung jüdischer Gemeinden – aber damals nicht unter der Vorstellung, wieder dauerhaft jüdisches Leben in Deutschland zu installieren. Eher im Gegenteil ging es darum, den in Deutschland lebenden Juden bei der Auswanderung behilflich zu sein und Restitutionsfragen zu klären. Der Zentralrat war eigentlich als ein Provisorium gegründet worden. Wenn 1950 jemand prognostiziert hätte, dass wir uns 2025 Gedanken zum 75-jährigen Bestehen des Zentralrats machen, wäre die Reaktion allgemeines Kopfschütteln gewesen.

Wie aber hat sich dann die anfangs undenkbare Perspektive dauerhaften jüdischen Lebens in Deutschland entwickelt?

Zum einen blieben Menschen, die entweder nicht auswandern wollten oder nicht auswandern konnten. Dazu kam eine zweite Gruppe, die bereits in der zweiten Hälfte der 1950er oder den frühen 1960er Jahren aus der Emigration nach Deutschland zurückkehrten – aus unterschiedlichen Gründen. Manche nach Israel ausgewanderten Juden vertrugen einfach das Klima dort nicht. Andere hatten emotionale oder auch wirtschaftliche Gründe.

Die Familie meiner Großeltern zum Beispiel hatte Grundbesitz in Brückenau. Mein nach Israel emigrierter Großvater hat sich den Grundbesitz nach dem Krieg restituieren lassen. Aber die Verwaltung von Israel aus war kaum möglich: Es gab Briefpost und Telefon als Kommunikationsmittel, mehr nicht. So hat mein Großvater im Alter von Mitte 80 beschlossen, nach Deutschland zurückzugehen, um sich selbst darum zu kümmern. Meine Eltern meinten dann, sie könnten ihren betagten Vater und Schwiegervater nicht alleine gehen lassen – und sind mit ihm gegangen. So kam es – aus verschiedenen Gründen – wieder zum Anwachsen jüdischen Lebens in Deutschland. In jüdischen Kreisen im Ausland wurde das sehr skeptisch gesehen. Ich bin 1954 geboren und kann mich erinnern, dass wir bei Verwandtschaftsbesuchen in Israel in den 60er Jahren schon schräg angesehen wurden, weil wir nach Deutschland zurückgekehrt waren. Erst Mitte der 70er Jahre, als Werner Nachmann Zentralratsvorsitzender war, wurde es in jüdischen Kreisen wieder akzeptierter, bewusst in Deutschland zu leben.

Wie hat sich die Arbeit des Zentralrats in den Jahren nach 1990 verändert? Damals kam

eine große Zahl osteuropäischer Juden nach Deutschland. Deren Integration bezeichneten Sie einmal als die größte Herausforderung der jüngeren Zeit. Haben Sie sie bewältigt?

Sie ist insgesamt erfolgreich gelöst worden. Die Situation war so, dass aus Osteuropa mehr Juden nach Deutschland kamen, als hier lebten. Eine Minorität musste eine Majorität integrieren – die mit ihrer Religion, dem Judentum, oftmals wenig am Hut hatte: Religionsausübung war in der Sowjetunion faktisch nicht erlaubt. Man musste diese Menschen sowohl in die Gesamtgesellschaft als auch in ihre Religion integrieren. Das hat auch zu Konflikten in Gemeinden geführt – heute ist diese Integration weitestgehend erfolgreich abgeschlossen. Wir merken es zum Beispiel während unserer Jugendfreizeiten, zu denen die meisten jüdischen Jugendlichen jeden Sommer fahren: Da ist heute kein Unterschied mehr erkennbar, woher eine Familie vor 30 Jahren kam.

Anspruch des Zentralrats ist es, die Interessen aller in Deutschland lebenden Juden zu vertreten. Schließt das auch die Mitglieder von Organisationen wie die »Union progressiver Juden Deutschlands« ein?

Definitiv ja. Der Zentralrat ist denominationsübergreifend organisiert, sodass die Interessen aller in Deutschland lebenden Juden vom Zentralrat vertreten werden – unabhängig davon, ob sie orthodox oder liberal sind oder ob sie sich keiner religiösen Strömung zuordnen.

Welches sind die Aufgaben des Zentralrats in der Gegenwart und absehbaren Zukunft?

Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland als demokratischer und wehrhafter Rechtsstaat ein sicherer Ort für Juden bleibt. Gefahren gibt es viele, von rechts, von links und von islamistischer Seite. Die Jüdischen Gemeinden sind das Rückgrat der jüdischen Gemeinschaft. Sie weiter zu stärken bleibt eine wichtige Aufgabe für den Zentralrat. Viele Gemeinden haben einen sehr hohen Altersdurchschnitt und der Nachwuchs fehlt: Gerade in den Neuen Bundesländern sehen wir, dass junge Menschen ihre Heimatgemeinden verlassen und in die Großstädte ziehen. Das ist eine große Herausforderung – ich bin davon überzeugt, dass mittelfristig einzelne Jüdische Gemeinden miteinander fusionieren werden. Nicht alle der derzeit 105 Jüdischen Gemeinden werden auf lange Sicht in der bisherigen Form existieren.

Ist die Rolle des Zentralrats eine andere geworden seit dem 7. Oktober 2023, den Terrorattacken der Hamas und dem seither andauernden Krieg in Gaza und teilweise auch dem Westjordanland?

Die Arbeit des Zentralrats hat sich insofern verändert, als wir – nicht nur in Deutschland, aber auch in Deutschland – propalästinensische – häufig eher antiisraelische – Demonstrationen mit antijüdischen und antisemitischen Narrativen erleben. In einer Form, wie wir sie früher nicht erlebt haben und ich sie mir ehrlicherweise auch nicht vorstellen konnte.

Unter diesen Bedingungen sind wir als Zentralrat auch gefordert, über religiöse Fragen hinaus unseren Gemeinden bei der Organisation ihrer Sicherheit zu helfen, und Sicherheitsmaßnahmen mitzufinanzieren. Dazu gehört auch die Zusammenarbeit mit politischen und staatlichen Institutionen.

Sie persönlich haben in der Vergangenheit mehrfach gesagt, Kritik an der israelischen Regierung sei möglich und nicht per se antisemitisch. Wenn das noch gilt: Was macht den Unterschied?

Das gilt unverändert. Ein Unterscheidungskriterium ist: Den Staat Israel als solchen negativ zu titulieren ist nicht in Ordnung. Einzelne Entscheidungen der israelischen Regierung oder einzelner Regierungsmitglieder negativ zu beurteilen ist absolut legitim.

Natan Scharanski hat eine »3-D-Theorie« für die Feststellung von Antisemitismus formuliert, die ich für richtig halte. Die Kriterien sind:

1. Delegitimation – dem Staat Israel wird die Existenzberechtigung abgesprochen.
2. Dämonisierung des Staates Israel
3. Doppelstandards – an Israel werden andere Maßstäbe angelegt als an andere Staaten.

An diesen Punkten lässt sich verkappter Antisemitismus feststellen.

Die deutsche Außenpolitik beruht - egal, unter welcher politischen Führung - auch auf dem Satz, dass ein eigenständiger palästinensischer Staat auch Voraussetzung sei für die Sicherheit des Staates Israel.

Ich unterstütze diese These – unter der Voraussetzung, dass die Gründung und Anerkennung eines palästinensischen Staates am Ende aus erfolgreichen Friedensverhandlungen mit Israel hervorgeht und es gleichzeitig gelingt, einen dauerhaften Frieden zu erreichen. Ich würde eine Zwei-Staaten-Lösung, also die Existenz zweier gleichberechtigter Staaten, die friedlich nebeneinander leben, absolut begrüßen. Solange es aber auf palästinensischem Gebiet eine Terrororganisation wie die Hamas gibt, solange es eine Hisbollah gibt, sehe ich hierfür keine Chance.

Die Regierung Netanjahu lehnt allerdings eine Zwei-Staaten-Lösung nach dem Oslo-Protokoll ab. Wie sind die Möglichkeiten des Zentralrats, dort einzuwirken?

Ausgesprochen gering. Der Zentralrat ist eine jüdische Organisation in der Bundesrepublik, die außenpolitisch auf Israel nur wenig oder gar keinen Einfluss hat. Beim Besuch des Premierministers Netanjahus in Berlin vor zwei Jahren hatte ich die Gelegenheit eines persönlichen Gesprächs mit ihm. Darin habe ich meine Sorge zum Ausdruck gebracht, welche negativen Auswirkungen die geplante Justizreform auf die Sicherheit jüdischen Lebens in der ganzen Welt haben würde, wenn demokratische Strukturen beschädigt würden. Meine italienische Amtskollegin und der European Jewish Congress argumentierten ähnlich.

Das hat Netanjahu offenbar nicht sonderlich beeindruckt.

Vor wenigen Wochen haben bei der Veranstaltung »Palastrevolution« in Berlin jüdische Israelis und muslimische Palästinenser, die alle am oder nach dem 7. Oktober Familienangehörige verloren haben, vor einem großen Publikum miteinander gesprochen - ohne gegenseitige Schuldzuweisungen, auf der Suche nach gemeinsamen friedlichen Perspektiven.

Ist eine solche Form der Begegnung von unten her auch denkbar für den Zentralrat?

Ähnliche Formate bieten wir schon lange – unabhängig vom 7. Oktober – an. In der Denkfabrik »Schalom Aleikum« bringen wir Juden und Muslime zusammen, deren Lebensgeschichten Parallelen haben: zum Beispiel gleiche Berufsgruppen, Migrationsgeschichten, Ausbildungsorte etc. Diese Gespräche finden nicht auf Funktionärsebene statt. Und das funktioniert häufig sehr gut.

Vielen Dank.

Dieser Text ist zuerst erschienen in [Politik & Kultur 9/2025](#).